



Clausnitz: Pressewirbel um Polizei-Maßnahme

Am Donnerstagabend traf im Ortsteil Clausnitz im mittelsächsischen Rechenberg-Bienenmühle ein Bus mit Invasoren ein. Rund 100 Bürger wollten die Unterbringung der Asylforderer nicht unwidersprochen hinnehmen und blockierten teils mit Autos die Zufahrt zur Unterkunft. Der Bus hielt dann dennoch davor, die Menschen machten ihrem Ärger lautstark Luft.

Die Asylforderer weigerten sich, trotz der anwesenden 30 Polizeibeamten, den Bus zu verlassen. Nach einigem Hin und Her mit hysterischen Kopftuchmoslems und ihrer Nachkommenschaft beschloss einer der Bundespolizisten offenbar dem Zinnober ein Ende zu bereiten und zog einen störrischen Jugendlichen, der sich mit Händen und Füßen wehrte, mit einem Polizeigriff aus dem Fahrzeug und beförderte ihn ins Haus. Seither ist der Teufel los. Von „brutalem Zugriff“ und strafbarer Handlung des Beamten ist in der Lügenpresse die Rede.

Noch am Donnerstag in der Nacht wurde auf der Facebookseite „Döbeln wehrt sich – Meine Stimme gegen Überfremdung“ ein Handyvideo hochgeladen, das die Szene zeigt:

Die Facebookseite wurde zwischenzeitlich, der Maas'chen Meinungsdictatur entsprechend, gesperrt. Auf der Seite der [Polizei Sachsen](#) geht es auch rund. Die Bessermenschen und

Willkommensklatscher haben sich dort eingefunden, um von der Polizei Entschuldigungen entgegenzunehmen. Die Lynchmedien sind sich auch einig, hier muss man durchgreifen.

Der [Spiegel](#) schreibt:

Der Eindruck, der sich beim Blick auf die Bilder aufdrängt: Die Polizei geht rabiatisch mit den bedrohten Flüchtlingen um, die umstehende Menge darf ungestraft geifern und die Ankommenden einschüchtern.

Was so natürlich nicht stimmt, die Beamten haben 13 Anzeigen gegen die Demonstranten aufgenommen. Das belegt sich der seltsame Artikelschreiber in einem Screenshot der Facebookseite der Polizei Sachsen nur einige Zeilen höher selber.

Die [BILD](#) macht sabbernd in Lynchmanier darauf aufmerksam:

Die Gesichter und Markierungen einiger Beamter sind auf dem Video deutlich zu erkennen.

Und freut sich weiter:

Sachsens Grünen-Chef Jürgen Kasek kündigte derweil Strafanzeige gegen die beteiligten Polizisten an. Der Rechtsanwalt sagte via Twitter: „Die Beamten ... dürften sich gem. Paragraph 340 Körperverletzung im Amt strafbar gemacht haben.“ Er fordert zudem „der Druck auf den Innenminister und die Polizei Sachsen muss steigen. Rücktritte sind überfällig.“

Längst überfällig ist ein Ende der staatlich inszenierten Invasion. Und was die Polizei betrifft, so hat unserer Meinung nach hier ein Beamter einfach seinen Job gemacht. Derartige Einsätze sind keine Gruppentherapiesitzung für hysterische Moslems, die sich nicht genug gepampert fühlen. Angeblich

kommen sie aus ganz „schrecklichen Kriegssituationen“. Man sollte meinen, dass sie weit Schlimmeres erlebt hätten, als geschützt durch 30 Beamte vor 100 „Wir sind das Volk“-Rufern einen Bus verlassen zu müssen. (lsg)



NRW: Iraker protestieren gegen Unterbringung – „In Deutschland keine Menschenrechte“

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden [Straftaten von „Flüchtlings“ systematisch vertuscht](#): „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben.

Werdohl: Auf dem obigen Foto sehen Sie zwei jungen irakische „Flüchtlinge“ (bisher noch nicht als Rapefugees bekannt). Die beiden alleinstehenden Männer – Ali Mussakhodia und Sefin Jafer – protestierten gestern Vormittag gegen ihre

Unterbringung in der Übergangsunterkunft Im Winkel 32. Das Haus sei ihrer Meinung nach [zu weit vom Stadtzentrum entfernt](#), dort wollten sie nicht wohnen. Beide beklagten mehrfach in brüchiger deutscher Sprache, dass es in Deutschland keine Menschenrechte gebe. Sie gaben zu verstehen, dass sie gegen die schlechte Behandlung durch die Stadt Werdohl demonstrierten.

Werdau – Eine 17-Jährige wurde am Dienstagabend in der Fußgängerunterführung an der Bahnhofstraße von einem 29-Jährigen körperlich bedrängt. Die junge Frau konnte sich erfolgreich gegen den Angriff wehren, der Täter flüchtete. Aufgrund der genauen Personenbeschreibung des Opfers konnte die Polizei den Verdächtigen, einen [indischen Asylsuchenden](#), kurz danach in seiner Unterkunft an der Unteren Holzstraße festnehmen. Nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen wurde der Mann auf Entscheidung der Staatsanwaltschaft aus der Dienststelle entlassen. Gegen ihn wird nun wegen sexueller Nötigung ermittelt.

Wetzlar: Nach einem Vorfall in der Nacht von Faschingssonntag (07.02.2016) auf Rosenmontag (08.02.2016) bittet die Wetzlarer Polizei um Mithilfe. Ein aus Wetzlar stammendes Pärchen war gegen 01.00 Uhr von einer Faschingsveranstaltung in Gießen mit einem Zug am Wetzlarer Bahnhof angekommen. Am Wendehammer vor dem Bahnhof warteten die beiden auf ein Taxi. Zeitgleich hielt sich eine fünf- oder sechsköpfige Gruppe von [jungen ausländischen Männern](#) dort auf, die sich ausgelassen unterhielten. Plötzlich tauchte eine junge Frau auf, die sofort von den Männern umringt und bedrängt wurde. Das Pärchen schritt ein und zog die Frau aus der Mitte der Männer und stellte sich mit ihr etwas Abseits auf den Bahnhofsvorplatz. Die Gruppe entfernte sich sofort in Richtung der Vorderseite des Forums. Wenig später ging die junge Frau zu den Gleisen und fuhr mit einem Zug davon. Keine zehn Minuten später kehrten die Gruppe zurück. Einer der Männer ging direkt auf das Pärchen zu, hielt ein Messer in der Hand und forderte

Geld. Der 43-jährige Wetzlarer und seine 35-jährige Freundin schrien den Angreifer an und verjagten ihn. Eine genauere Beschreibung der Männer oder des Angreifers können die Wetzlarer nicht abgeben.

Verden: Nach Angaben eines Sprechers der Polizei Verden habe sich der Vorfall im Wasser abgespielt. Ein junger Mann habe das Mädchen bedrängt und einmal begrapscht. „Es geht nicht in Richtung Vergewaltigung. Die Polizei ermittelt wegen Nötigung“, sagte der Sprecher. Die Belästigung des Mädchens ereignete sich am Nachmittag des 20. Dezembers. Erst am 14. Januar kam es jedoch zur Anzeige. Die Polizei sucht nun nach dem Täter. Es handelt sich um einen jungen Mann, der offenbar mit einer Gruppe von Gleichaltrigen im Schwimmbad war. Die Identität des Täters steht nicht fest. Die Polizei beschreibt ihn als schlanken, etwa 20-jährigen Mann mit schwarzen Haaren und [dunklem Teint](#).

Köln: was muss noch passieren, dass dieser miese Sex-Verbrecher endlich für immer weggesperrt wird? Eine Gutachterin des Kölner Landgerichts hat einem Vergewaltiger mehrfach bescheinigt, dass von ihm keine Gefahr mehr ausgeht. Nun saß der Mann aber wieder auf der Anklagebank. Rückblende: Abdi H. (27) aus [Somalia](#) hatte 2010 eine Kiosk-Verkäuferin mit einer abgebrochenen Bierflasche bedroht und vergewaltigt. Vier Jahre Gefängnis hatte H. dafür im März 2011 vor dem Kölner Landgericht erhalten. Die psychologische Gutachterin sagte damals: keine Wiederholungsgefahr. Doch der Sex-Täter schlug nach der Haftentlassung wieder zu. Im Juli 2015 stieg er in Bickendorf in eine Wohnung ein.

Klagenfurt. In Kärnten geschah es am frühen Sonntagmorgen vor der Disco Bollwerk in Klagenfurt: Gegen fünf Uhr attackierten vier Jugendliche eine Kellnerin. Diese beschrieb die Täter als „[südländisch](#)“. Die Gruppe umzingelte die 18-Jährige, die sich nicht anders wehren konnte, als den Pfefferspray zu zücken. Die Burschen liefen unerkant davon. In Kremsmünster (0Ö) wurde Freitagabend eine 45-Jährige, die mit ihrem Hund

spazieren ging, von vorne und von hinten von zwei Männern „mit dunkler Hautfarbe“ bedrängt, wobei ihr einer der Täter schamlos zwischen die Beine griff. Das Opfer wehrte sich mit einem karatemäßigen Schlag ins Gesicht eines Angreifers. Den zweiten schlug sie mit einem Fußtritt in die Flucht. Der dritte Vorfall ereignete sich Samstagabend in Salzburg – wieder einmal – im Bereich des Hauptbahnhofes. Ein 21-Jähriger begrabschte eine gleichaltrige Passantin aus dem Pongau unsittlich und versuchte, ihr den Schlüssel aus der Hose zu ziehen – was er aber nicht schaffte, weil sich die junge Frau heftig wehrte. Der Marokkaner wurde schließlich festgenommen und in das Polizeigefängnis Salzburg eingeliefert.

Haltern. Eine [Gruppe junger Männer](#) steht im Verdacht, am Freitagabend um etwa 20.40 Uhr vor einem Supermarkt zwei zehnjährige Mädchen, insbesondere durch verbale Äußerungen, sexuell belästigt zu haben. Ein entsprechender Vorfall ist zur Anzeige gebracht worden, wie Polizeisprecher Michael Franz am Montag auf Nachfrage unserer Redaktion bestätigte.

Würzburg: Der Vorfall hat sich laut Polizei am Dienstag (09.02.16) in einer [Asylbewerberunterkunft](#) in der Würzburger Jägerstraße ereignet. Gegen 06.25 Uhr hatte eine Reinigungskraft ihre Arbeit in der Asylbewerberunterkunft aufgenommen. Bereits hier sei ihr ein 36-Jähriger aufgefallen, der ihr fortwährend gefolgt sei. Letztlich habe sich der Beschuldigte ihr in den Weg gestellt, sie gegen den Willen auf die Wange geküsst und sie dabei auch an der Brust berührt.

Mettmann (ots) – Am späten Dienstagabend des 02.02.2016, etwa gegen 22.30 Uhr, befand sich eine 18-jährige Langenfelderin auf dem Heimweg, als sie sich auf einem dunklen Verbindungsweg an der Annastraße in Richrath von zwei unbekanntem Männern verfolgt fühlte. Diese hatte sie bereits Minuten zuvor in der Linie 785, die sie von der Karnaper Straße bis zum Richrather Hof benutzt hatte, als Fahrgäste im gleichen Bus wahrgenommen. Auf dem Fußweg in Höhe der örtlichen Gesamtschule schlossen die zwei Männer zu der vorausgehenden jungen Frau auf,

versuchten diese plötzlich zu ergreifen und festzuhalten. Durch reaktionsschnelle starke Gegenwehr gelang es der Langenfelderin aber nach eigenen Angaben, sich unmittelbar loszureißen und davonzulaufen. Dabei wurde sie von den zwei unbekanntem Angreifern nicht verfolgt. Bei dem mit bislang noch nicht bekannten Motiven erfolgtem Angriff wurde die 18-Jährige an einem Arm leicht verletzt und ihre Jacke trug beim Losreißen Sachschaden davon. Parallel zur Anzeigenerstattung gegen 23.30 Uhr sofort veranlasste polizeiliche Fahndungsmaßnahmen der Langenfelder Polizei nach den zwei beschriebenen Tätern, führten leider nicht zu einem schnellen Erfolg. Die zwei unbekanntem Männer werden vom Opfer wie folgt beschrieben: beide auffallend [dunkelhäutig](#), mindestens 180 cm und größer

Mainz (ots) – In der Nacht von Freitag auf Samstag, 30.01.2016, 02:31 Uhr, wird eine Gruppe von fünf rennenden Männern in der Parcusstraße durch eine zivile Streife aufgenommen. Die Gruppe wird von zwei verkleideten und schreienden Frauen verfolgt. Vier der Männer können auf dem Alicenplatz durch die Beamten gestellt werden. Es stellt sich nach Befragen der Frauen heraus, dass sie vor dem Dönerladen in der Bahnhofsstraße angepöbeln worden sind. Die Frauen haben sich dieses Verhalten verbeten und daraufhin kam es unverzüglich zum Angriff, bei dem einer der Frauen ins Gesicht geschlagen wurde. Der Beschuldigte befand sich nicht unter den vier bereits gefassten Männern, bei denen es sich allesamt um [Südländer](#) handelt.

Ochtrup: Wegen Vergewaltigung eines 15-jährigen Mädchens am 1. März 2005 in Ochtrup hat das Jugendschöffengericht in Rheine am Montag einen 42-jährigen [Flüchtling](#) aus Syrien zu einer Haftstrafe von drei Jahren und zehn Monaten verurteilt. Darin enthalten sind ein Berufungsurteil aus dem Jahr 2006 des Landgerichts Münster sowie zwei Urteile des Amtsgerichts Steinfurt aus dem Jahr 2005 wegen diverser, aber nicht einschlägiger Straftaten.

Passau: Ein 21-jähriger Mann aus Passau zeigt Zivilcourage, als er am Samstag, 30. Januar, gegen 20.40 Uhr in der Nikolastraße einer jungen Passauerin hilft, die von acht bis zehn Männern angepöbelt und angemacht wurde. Diese wendeten sich sogleich von der Frau ab und schlugen gemeinschaftlich auf den Helfer ein. Er wurde dabei so sehr verletzt, dass er eine Nacht im Krankenhaus verbringen musste. Die Kriminalpolizei Passau hat die Ermittlungen übernommen und bittet die Bevölkerung um Zeugenhinweise. Nach derzeitigem Stand der Ermittlungen befand sich die 20-jährige Frau im Bereich des Fußgängerüberwegs in der Nikolastraße, als sie von rund acht bis zehn Männern, vermutlich [ausländischer Herkunft](#), massiv angemacht und angepöbelt wurde. Zufällig kam ein 21-jähriger Bekannter der Frau des Weges und erkannte sogleich die Situation. Er forderte die Gruppe auf, seine ein Jahr jüngere Bekannte in Ruhe zu lassen. Die Männer gingen sogleich auf den 21-jährigen Helfer los, schlugen ihn gemeinschaftlich zu Boden und traten dort auch noch mit Füßen auf ihn ein. Er erlitt deutliche Verletzungen im Gesicht, was eine stationäre Behandlung in einer nahegelegenen Klinik zur Folge hatte. Die Angreifer flüchteten durch das Nikolakloster in Richtung Innstraße.

Salzburg: Die 21-jährige Pongauerin wurde mitten am Vorplatz des Salzburger Hauptbahnhofes von einem jungen Afrikaner sexuell bedrängt und am ganzen Körper intensiv begripscht. Bei dem sexuellen Übergriff blieb es jedoch nicht. Auch wurde versucht, mit einem Griff in die Hosentasche der Frau den Schlüsselbund zu stehlen. Mittlerweile konnte die Polizei einen [Marokkaner](#) als Tatverdächtigen ausforschen und seine Identität feststellen. Er wurde in das Polizeianhaltezentrum eingeliefert. In ganz Österreich hagelt es in letzter Zeit Anzeigen wegen sexueller Belästigungen, die zumeist von einem ausländischen Personenkreis begangen werden. So beschreibt auch eine 45-jährige Frau aus Kremsmünster ihre beiden Peiniger: nicht älter als 20 Jahre, mit einem dunklen Teint und dunklen Haaren. Als sie mit ihrem Hund spazieren ging,

wurde sie von zwei Männern festgehalten. Während einer sie von hinten packte, griff ihr der zweite Mann zwischen die Beine. Durch Schläge konnte sie sich befreien und die beiden Männer ergriffen die Flucht. Bislang konnte die Polizei die Gesuchten jedoch noch nicht fassen.



Kiel. Die Polizei sucht mit einem Phantombild nach einem Mann, der zusammen mit zwei weiteren Tatverdächtigen am 17. Januar 2016 eine Frau im Kieler Stadtteil Wik verfolgt haben soll. An der Straßenecke Wiker Straße/Feldstraße wurde sie hinter einen Sicherungskasten gezogen und gegen ihren Willen angefasst. Die Geschädigte ist am Abend des 17. Januar 2016 mit dem Bus bis zur Haltestelle „Elendsredder“ in der Holtenauer Straße gefahren. Nach Verlassen des Busses begab sie sich in die Wiker Straße. Dort fiel ihr auf, dass sie von drei Männern [südländischen](#) Aussehens verfolgt wurde. Von einem der drei Männer konnte mit Hilfe der Geschädigten ein Phantombild erstellt werden.

Jever: Die Polizei in Jever ermittelt gegen einen Bewohner der Notunterkunft für Flüchtlinge am Ortseingang von Jever (ehemaliger Möbelmarkt): Am Donnerstagabend, 28. Januar, soll dort ein 32 Jahre [alter Mann aus dem Mittleren Osten](#) versucht haben, eine Mitarbeiterin des Deutschen Roten Kreuzes, das die Flüchtlinge in der Unterkunft betreut, gegen ihren Willen zu umarmen und zu küssen. Die Frau konnte sich, wie die Polizei am Freitag mitteilte, losmachen und entfernen. Der Mann stand unter Alkoholeinfluss. Er sei bereits vernommen und erkennungsdienstlich behandelt worden und habe im Rahmen seiner Vernehmung die Tat eingestanden.

Glöwen: Die Staatsanwaltschaft Neuruppin hat gestern

Beschwerde gegen die Außerkraftsetzung des Haftbefehls gegen einen 16-jährigen [Flüchtling aus Afghanistan](#) eingelegt. Dieser wird beschuldigt, in drei Fällen Kinder in Glöwen vergewaltigt und sexuell missbraucht zu haben (wir berichteten). Wenn das Amtsgericht Perleberg die Aufhebung des Haftbefehle nicht abändere, müsse das Landgericht Neuruppin entscheiden, sagte gestern Oberstaatsanwalt Jürgen Schiermeyer auf Anfrage des „Prignitzers“. Wann die Entscheidungen getroffen werden, konnte er noch nicht sagen. Die Polizei hatte Ermittlungen aufgenommen, nachdem Eltern der betroffenen Jungen Strafanzeige erstattet hatten, teilte die Polizeidirektion Nord mit. Beim zuständigen Amtsgericht in Perleberg gab man sich gestern auf die Frage, warum der Haftbefehl ausgesetzt wurde, schmallippig. „Dazu kann ich keine Auskünfte erteilen, weil ich nicht Herr des Verfahrens bin. Der Fall liegt bei der Staatsanwaltschaft“, erklärte Manfred Weidemann, Richter am Amtsgericht.

Karlsruhe. Zu Vorfällen auf einer Faschingsveranstaltung am Samstag um 23.30 Uhr in Östringen sucht die Polizei Zeugen. Die Polizei war zu der Gaststätte Leiberg gerufen worden, da dort Frauen belästigt worden seien. Die eintreffenden Beamten konnten vor Ort jedoch keine beteiligten Personen antreffen. Heute konnte die Anruferin befragt werden. Nach ihrer Schilderung beschwerten sich drei Frauen in der Gaststätte über das aufdringliche und sexuell anzügliche Verhalten von mehreren jungen Männern. Die sieben Männer, die alle ein [nordafrikanisches Aussehen](#) hatten und englisch sprachen, wurden von Gästen der Veranstaltung aufgefordert, das Lokal zu verlassen, was sie auch taten.



Schäuble braucht elf Milliarden für die Invasion



Bundesfinanzminister

Wolfgang Schäuble (CDU) rechnet für [2017 mit elf Milliarden Euro](#), die er für die Finanzierung der von Merkel inszenierten Invasion benötigt. Kommen soll das Geld aus dem „[Polster](#)“ des [Bundesetats](#). Für 2016 sind acht Milliarden Bundesausgaben für die Gäste der Kanzlerin geplant, schließlich erwartet sie allein in diesem Jahr weitere 800.000 „Schutzsuchende“.

Eckhardt Rehberg vom Bundshaushaltsausschuss sieht die Schuldenbremse in Gefahr und Schäubles [schwarze Null de facto gekippt](#), allerdings macht er die Schuld auch nicht an der Invasion, sondern an der Unmäßigkeit der SPD-Ressorts fest. Und obwohl aus einem Bericht des Finanzministeriums hervorgeht, dass Deutschland spätestens „2060 seinen finanziellen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen“ könne, sieht Schäuble „keinen Grund zur Panik“. Auch im kommenden Jahr wolle man „ohne neue Schulden auskommen“, tönt es aus seinem Ministerium. Derzeit ist jeder Deutsche mit 26.895

Euro, jeder Erwerbstätige [mit 53.790 Euro verschuldet](#). Für den Großteil hieße das real jetzt schon, dass er seinen finanziellen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen könnte. (lsg)



Milos Zeman: „Es gibt Flugzeuge, es gibt Schiffe, in die Tausende hineingehen“

✘ Der tschechische Präsident Milos Zeman (Foto) ist bekannt für klare Worte jenseits aller political correctness, ganz besonders was das Thema „Flüchtlinge“ betrifft. Im Sommer sagte er an die stets unzufriedenen Invasoren gewandt: „Niemand hat euch hierher eingeladen“, und verlangte, dass sie sich gefälligst an unsere Regeln zu halten hätten. In einer Stellungnahme zur aktuellen Situation erklärte nun ein Sprecher des Präsidenten gegenüber der Tageszeitung [„Mlada fronta Dnes“](#), dass nach Ansicht Zemans alle, die nicht als echte Flüchtlinge nach Europa kämen, sondern Wirtschaftsmigranten seien, die auch nicht arbeiten, sondern einzig und allein von Sozialleistungen leben wollten, sofort deportiert werden müssten. „Wir haben Flugzeuge und Schiffe, die Tausende von Menschen aufnehmen können. Transportmittel gibt es viele, wichtiger ist aber der Wille der Politiker zu einer derartigen Lösung“, wird Zeman zitiert.

Vergangene Woche hatte er bei einer Konferenz in Bratislava erneut die EU attackiert, die nicht in der Lage sei, ihre Außengrenzen zu schützen und gleichzeitig die Souveränität der Mitgliedsstaaten untergrabe. Sie schaffe eine Kategorie „europäischer Nomaden“, die dann doch wieder in Deutschland enden würden, da es da für sie die meisten Sozialleistungen gebe.



Freiberg: „Flüchtlinge“ tanzen auf Polizeiauto



Sieht so der Respekt von jugendlichen „Flüchtlingen“ vor unseren Ordnungshütern aus? Dazu erklärt die AfD-Abgeordnete, Andrea Kersten aus Mittelsachsen: „Diese Fotos beweisen, dass den jugendlichen Migranten der Respekt sogar vor der Polizei komplett fehlt. Die meisten der Angekommenen stammen aus Regionen, in denen Gewalt zur Durchsetzung eigener Ziele an der Tagesordnung ist. Erschwerend kommt hinzu, dass in Deutschland inzwischen ein

Klima geschaffen wurde, in dem solche Verfehlungen nicht mehr konsequent geahndet werden. Stattdessen versuchen butterweiche, linksgestrickte Soziologen dieses Verhalten zu erklären und kleinzureden. Aus meiner Sicht gibt es für solche, offenbar nicht traumatisierte Einwanderer nur einen Weg: Den zurück in ihr Herkunftsland.“



Schleusertum: Staatsanwaltschaft stellt Verfahren gegen Merkel und de Maizière ein



Es ist doch wirklich nicht zu fassen: In einem Beschluss zur Verfahrenseinstellung hat die Staatsanwaltschaft Berlin gerade den Massenansturm der

Wohlstandsmigranten auf die Bundesrepublik für rechtmäßig erklärt. Demnach müssten die Rapedugees von einer „Erlaubtheit der Einreise“ ausgehen, weil die Bundesregierung das Öffnen aller Schleusen öffentlich bekanntgegeben hat – so gibt es keinen Vorsatz mehr, und die Illegalen sind nicht mehr als Illegale zu behandeln.

Hintergrund dieses neuen Wahnsinns: Im Oktober 2015 war gegen Bundeskanzlerin Merkel und Bundesinnenminister de Maizière Strafanzeige wegen „bandenmäßigen Einschleusens von Ausländern“ gestellt worden. Zuvor hatte die Kanzlerin im Alleingang das Dublin-Abkommen außer Kraft gesetzt und damit faktisch allen „Flüchtlings“, die deutschen Boden betreten, ein Bleiberecht eingeräumt. Wie [der Hessische Rundfunk](#) (!) dokumentiert – auch dort steigt allmählich das Entsetzen – hat die zuständige Staatsanwaltschaft das Verfahren mit der oben genannten Begründung nun eingestellt. Das ist nichts anderes als die Gesamtkapitulation des deutschen Rechtssystems vor der Amtsanmaßung einer eid- und pflichtvergessenen Clique, die den Großen Austausch in rasendem Tempo vorantreibt.

Vor genau solchen Bankrotterklärungen der europäischen Regierungen warnt der weitsichtige französische Schriftsteller [Renaud Camus](#) schon seit Jahren. Er ist in der Bundesrepublik bislang durch ein paar beleidigende Presseberichte – in denen sich einmal mehr die „FAZ“ mit dem „Freitag“ des antideutschen Jakob Augstein einig war – bekanntgeworden, die ihn als eine Art Redenschreiber des Front National porträtierten. Bei aller Schärfe seiner Formulierungen ist Camus aber ein Analyst mit feinem Gespür und wendet sich insbesondere gegen die auch in Frankreich fortschreitende Transformation zu einer bunten Kolonie des Islam. Sein zorniger Aufsatz »Le Grand Remplacement« von 2010 gab der Identitären Bewegung das lange vergeblich gesuchte Schlagwort vom »Großen Austausch« für ihre politische Feindbestimmung.

Verlag Antaios

Eine Auswahl wichtiger Schriften des Autors ist nach langer Vorbereitung nun beim Verlag Antaios erschienen. Eingeleitet und kommentiert von Martin Lichtmesz enthält das Buch nicht nur »Der Große Austausch oder: Die Auflösung der Völker« ebenso wie den Aufruf »Revoltiert!«, sondern auch ein speziell für diese Veröffentlichung geführtes Gespräch und eine Bewertung der Revoltenpraxis durch den österreichischen Identitären-Frontmann Martin Sellner. Wer kompromißlos für die Werte Europas eintritt, wird sich in Camus wiederfinden.

Bestellhinweis:

» Renaud Camus: Revolte gegen den Großen Austausch, Schnellroda 2016. 224 S., 19 € – [hier bestellen!](#)



Schweizer Deals mit palästinensischen Terroristen und Flugzeugentführern



Nach Monaten, in denen Altbekanntes von Morgarten bis Marignano weitgehend ohne Erkenntnisgewinn durchdekliniert wurde, ist die Schweiz mit einem historischen Erbe konfrontiert, das alle Ingredienzen eines Agententhillers aus dem Kalten Krieg enthält: internationaler Terrorismus, ein machtbewusster Bundesrat auf klandestiner Mission, ein geheimer Deal mit den Palästinensern, ungesühnter Mord in 47 Fällen. Der NZZ-Journalist Marcel Gyr hat mit seinem Buch «Schweizer Terrorjahre» kräftig Staub aufgewirbelt.

Seine These: Um die Schweiz in den 1970er Jahren vor weiteren palästinensischen Anschlägen zu bewahren, habe der welsche SP-Bundesrat Pierre Graber mit den Terroristen eine Vereinbarung getroffen – notabene ohne seine Regierungskollegen einzuweihen. Als Gegengeschäft für die künftige Unversehrtheit des Landes sei der PLO eine offizielle diplomatische Vertretung in Genf genehmigt worden. Im Raum steht zudem – *horribile dictu* – der Verdacht, dass auch die behördliche Passivität im Strafverfahren zum Flugzeugabsturz in Würenlingen, bei dem alle 47 Insassen ihr Leben verloren, Teil des Abkommens gewesen sei... ([Fortsetzung NZZ!](#) In Deutschland lief das ähnlich. Palästinensische Terroristen wurden ausgetauscht oder sehr bald aus dem Gefängnis entlassen, nur dass man seine Ruhe hatte! Über die Würenlingen-Schweinerei hat [PI schon einmal](#) berichtet!)



RAF-Mörder arbeitet für LINKE im Bundestag



Der

Bundestagsabgeordnete der Linkspartei Diether Dehm (Foto r.) hat den ehemaligen RAF-Terroristen Christian Klar als Mitarbeiter in seinem Bundestagsbüro angestellt. Der 1952 geborene Klar gehörte zur zweiten RAF-Generation, die unter anderem 1977 für die Entführung und Ermordung von Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer verantwortlich war. 1985 hatte das OLG Stuttgart Klar wegen neunfachen, gemeinschaftlich begangenen Mordes und elffachen Mordversuchs zu einer „lebenslangen“ Freiheitsstrafe verurteilt. Ende 2008 wurde Klar auf Bewährung entlassen.

Der linke Bundestagsabgeordnete Diether Dehm ist nur zwei Jahre jünger als Klar. Die Polizei sollte bei dieser Roten Socke dringend Fingerabdrücke nehmen und einen Gentest durchführen. Es ist doch nicht völlig abwegig, dass Dehm vielleicht auch zur RAF-Mörderbande gehört hat und jetzt seinem alten Freund Klar einen Dienst erweisen wollte. Dehm war übrigens auch Stasi-Mitarbeiter. Anstatt im Knast sitzen

bei uns solche Bolschewisten im Parlament! ([Quelle Junge Freiheit!](#))